

Er erscheint täglich  
nachmittags um 4 Uhr  
bei Sonn- und Feiertagen.

**Abonnementpreise**  
monatlich 90 Pf.  
vierteljährlich 1.50 Mk.  
halbjährlich 2.80 Mk.  
jährlich 5.00 Mk.  
Zugabe bei Postbestellung  
1.00 Mk. exkl. Postgebühr.

**„Die Neue Welt“**  
(Unterhaltungsbeilage),  
wird bei Post nicht be-  
trieben, aber monatlich  
zusätzlich 80 Pf.

Telephon 1047.  
Telegraphen-Adresse:  
Polksblatt Halle/Saale.

# Die Neue Welt

**Insertionsgebühr**  
betragt für die 6 spalten-  
weitige Zeile oben oben  
30 Pfennig.  
Für annahmefähige Anzeigen  
10 Pfennig.  
Für werblichen Anzeigen  
kann bei Stelle 70 Pfennig.

**Inserten**  
für die 10 tägige Nummer  
müssen spätestens die Vor-  
mittags halb 10 Uhr in der  
Expeditiön eingegangen  
sein.

Eingetragen in die  
Postzeitungsliste.

## Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
Wittenberg-Schmeinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

### Das Frauenwahlrecht.

#### Eine Waffe im Klassenkampf.

Am Sonntag, 19. März, ist im ganzen Reich der erste sozialdemokratische Frauentag.

Ihn gibt es zu stiften, damit er bis in die letzte Goführung hinein die Frauen und Arbeiterinnen aufzuleiten und sie in die Reihen der Wahlrechtskämpfer führe.

Die Bemerkung des Frauenwahlrechts durch bürgerliche Frauen und durch Arbeiterinnen ist eine ganz verschiedene. Die bürgerlichen Frauen sehen im Frauenwahlrecht vor allem eine Waffe, die man ihnen im Gegenlatz zu dem Manne ihrer Klasse vorenthält, mit deren Hilfe sie sich die gleichen Bildungsbedingungen wie die Männer erzwingen und sich die liberalen Berufe öffnen können. Frauenrechtlerische Motive sind es in erster Linie, die sie zum Kampfe ums Wahlrecht treiben, frauenrechtlerische Ziele, die sie mit Hilfe des Wahlrechts erreichen wollen.

Der Kampf der Arbeiterinnen ums Wahlrecht richtet sich nicht gegen die Männer ihrer Klasse — die ja selbst noch des demokratischen Wahlrechts zu Antzagen und Sozialnabernutzungen entbehren — er wird in Gemeinschaft mit den Männern gegen die herrschenden Klassen geführt, die im wohlverstandenen Interesse sie aufbieten, der Arbeiterklasse das Wahlrecht bezuzugewähren. Im Besitz des Wahlrechts werden die Arbeiterinnen wiederum an der Seite ihrer männlichen Klassenoffenen diese Waffe führen, um Klassenforderungen der Arbeiterschaft durchzusetzen. Und zwar Forderungen, deren Erfüllung eine Einschränkung der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft bedeutet, eine erhöhte Besteuerung für Anwälte, Immobilien, Unfallschäden, Witwen und Waisen, eine Erleichterung der Zoll- und Steuerlast, deren Erfüllung der Arbeiterschaft bessere Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten garantiert; die sie im ganzen widerstandsfähiger und widerstandsfähiger macht gegenüber all den niederbrütenden Tendenzen des Kapitalis.

Diese Bemerkung des Frauenwahlrechts durch die Arbeiterinnen ist diktiert durch ihre wirtschaftliche und soziale Stellung. Die mannigfache Noie des Lebens hat sie hinausgetrieben aus der schützenden Kamille in die Erwerbsarbeit.

Hier in gleicher Weise wie der Mann der mannigfaltigen Ausbeutung und Unterdrückung preisgegeben, erkennen sie alsbald die Solidariät ihrer Interessen. Wollen sie nun benehrend handeln, sich an allen Kämpfen um eine bessere Gegenwart und um eine lichtere Zukunft beteiligen, so fällt ihnen ihre politische Rechtschaffenheit hindern in den Arm. Sie lernen dann den Wert und die Bedeutung politischer Rechte für den Klassenkampf kennen und schätzen.

Es werden 3. u. 4. die Arbeiterinnen, die neben der Erwerbsarbeit noch ein Zusatzeberlei von Hausarbeit zu verrichten haben, am besten die Notwendigkeit und den Segen eines gesetzlich festgelegten Wochentages einzuschätzen wissen, sie werden ihn am liebsten erziehen, am begehrtesten für ihn kämpfen.

Ein direkter Einfluß auf die Gesetzgebung ist ihnen aber nicht verhehen, weil das Wahlercht selbst.

Mit Meinern Daud liegt die schier unerträgliche Last indirekter Steuern auf der Arbeiterschaft. Im schmerzlich empfinden diesen Daud die proletarische Kaufrau und Arbeiter, der „Binneminister der Familie“. Im Kampf gegen diese volksausaugende Zoll- und Steuerpolitik ist ihr der direkte politische Einfluß gelohnt, weil ihr das Wahlrecht selbst.

Reber Einlaß beim Wader, beim Fleischer, beim Kaufmann entlocken ihr Kritik des Jornes und der Empörung über die schier unerträglichen Preise der zu erziehenden Waren; im Besitze des Wahlrechts würde diese Empörung ihren Ausdruck bei den Wahlen finden: Mit Wonne würden gerade die Frauen alles aufbieten, um bei der nächsten Wahl Rechtsau zu halten mit den Worts und Reichswandern. Heute müssen sie als politische Rechtslose abnehmend beiseite stehen.

Die Volksschulen, wohin die Arbeiter ihre Kinder senden, sind noch immer das Aidenpflanz unter den Bildungsanstalten, ja mehr als das, sie sind kritische und patriotische Zeilenanstalten. Stützenden Stützenden müssen die Arbeiterkinder anhalten bestochenen, sie sich mit der Volksschule begnügen müssen, während den weniger intelligenten Kindern reicher Proleten alle Bildungsquellen geöffnet sind. Im Besitze des Wahlrechts würden die Arbeiterkinder sicher ihren ganzen politischen Einfluß einbringen für die Einheitschule, für die Unmöglichkeit des Interdis, der Lehr- und Lernmittel, fuzum dafür, daß die bessere Bildung nicht mehr das Privileg des Geldbades bilde.

Die wenigen Beispiele, die um hunderte vermehrt werden könnten, zeigen mit aller Deutlichkeit, wie die Waffe im proletarischen Klassenkampf das Frauenwahlrecht ist. Das all gemein und gleiche, nicht das beschränkte Frauenwahlrecht, das bürgerliche Frauen als „Vorteil“ zum allgemeinen betrachtet. Den bürgerlichen Frauen bedeutet allerdings auch das beschränkte Frauenwahlrecht eine politische Waffe, die Rechtschaffenheit der Arbeiterin aber bleibt bei seiner Einführung bestehen. Ja mehr noch; sie wird befähigt und unenträglich er gestaltet. Denn

das beschränkte Frauenwahlrecht, das an Besitz und Bildungsgrade geknüpft ist, vermehrt den Einfluß und die Macht der Besitzenden und wird damit geradezu zu einem Bollwerk gegen das allgemeine und gleiche Frauenwahlrecht. Nur dies letztere ist die so wichtige Waffe, der die Arbeiterinnen jukt in ihrer Armut und Abhängigkeit so dringend bedürfen. Dafür zu kämpfen ist der Zweck des sozialdemokratischen Frauentages am 19. März.

Am gleichen Tage werden sich auch die überreichlichen Genossinnen zu einer Demonstration für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Frauenwahlrecht aufzusammeln. Im Geiste die Hand reichend, werden Deutsche und Oesterreicher beizutreten, nicht früher vor dem Kampfe zu lassen, als bis das volle Bürgerrecht der Frau erungen ist.

### Politische Uebersicht.

Halle a. S., 8. Februar 1911.

#### Die neue Militärvorlage.

Die Beratung der neuen Militärvorlage wurde am Dienstag in der Reichstags-Subjektionkommission begonnen. Geleitet wird die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 10.875 Mann, wodurch die gesamte Friedenspräsenzstärke die Zahl von 363.211 Mann ohne Reservisten und Offiziere erreichen würde. Die Durchführung dieser neuen Vorberung würde bis 1915 an dauernden Ausgaben 218 Millionen, an einmaligen Ausgaben 82.4 Millionen erfordern. Die Beratung wurde mit längeren „bertraulichen“ Darlegungen des Kriegsministers und des telephonisch auf Wunsch der Kommission herbeigerufenen Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes eingeleitet. Auch die Neben der Vertreter der Parteien wurden in der Hauptrolle als „bertraulich“ erklärt. Sehr scharf kritisierte Genosse Lebeher, dem Redner anderer Parteien sich anschließen, die Abwesenheit des Reichskanzlers, der auch bei einer solchen Beratung das Parlament ignorieren. Der Kanzler habe die Pflicht zu erscheinen und die nähere Begründung für die Vorlage zu geben; zumal die vertraulichen Darlegungen des Staatssekretärs völlig ungenügend und hellenweise nichtsfundig waren. Auf eine besondere Anfrage nach der Kriegsminister bekennt, es sei nicht richtig, daß der Staatssekretär die Militärvorlage zusammengefaßt habe, sondern er, der Kriegsminister, der auch allein die Verantwortung trage, habe sie auf das geforderte „Minimum“ reduziert, und zwar aus finanziellen und auch aus anderen Gründen, trotz der vielen und lebhaften Vorkrebrungen, eine größere Vorlage zu erzielen. Für die nächste Sitzung 3 Jahre werde aber mit der geforderten Vermehrung auskommen sein, die ja nur „vorhandene Widen“ ausfüllen solle. — Die weitere Beratung wurde auf Mittwoch betagt.

#### Das Zwecksverbandgesetz.

das sich auf die preußischen Gemeinden mit Auschluss von Groß-Berlin bezieht, welcher Auschluss allerdings kein unbedingter und kein ungewisselbarer ist, wurde am Dienstag im Dreiklassenhaufe in erster Lesung erledigt. Geleitet war eigentlich niemand von der Art, wie durch dieses Gesetz die Selbstverwaltung der Gemeinden noch weiter eingeschränkt werden sollte. Abg. v. Juchacz freudlich aufrechtig berückend, daß es in die Hand der Oberpräsidenten gelegt sein soll, selbst Städte, die gar keinen Zwecksverband wollen, genutzsam dazu zusammenzuschließen. Einer eingehenden Kritik unterwarf Genosse v. Sisch-Berlin den Entwurf, zu dessen Empfehlung sich der Minister auf die englische Gemeindeverwaltung berufen hatte. Abg. v. Juchacz erwiderte, daß der Minister vergessen habe, daß die englischen Gemeindegesetz nicht von einem Dreiklassenhaufe gemacht werden! In der Rede bezeichnete auch die Gezingfügigkeit der ganzen heutigen preußischen Selbstverwaltung, deren Eigenheiten ja seit alle Tage während Minister werden, wenn irgendein ein Verwaltungsminister die Stadtverwaltung, die ihm gewährt und angelehnt hat, zu behandeln, wie der Schulmeister eine Schulklasse. Abg. v. Juchacz kritisierte auch das famose Befähigungsrecht, das die angeführt freigeählten, höheren Selbstverwaltungsfunktionäre abhängig macht von dem Wohlwollen und der Gnade der Regierungspräsidenten usw. Diese schöne Ergänzung der Selbstverwaltung soll auch den Zwecksverbänden aufgetragen werden. In der Sache selbst sind wir selbstverständlich durchaus dafür, daß durch Zwecksverbände die Erfüllung der selbstigen eigenen Gemeindefunktionen erleichtert und fruchtbringender Eigenbetriebe der Gutsbesitzer gemacht werde. Schließlich ging die Vorlage an eine Kommission. Mittwoch wird das Gesetz über den Groß-Berliner Zwecksverband verhandelt.

Sozialdemokratische Anträge im Dreiklassenparlament. Für zweiten Lesung des Etats des Ministeriums des Innern beantragt unsere Fraktion im preußischen Abgeordnetenhause, die Staatsregierung möge ohne Bezug einen Entwurf vorlegen, durch den alle preußischen Gefindbeordnungen und alle preußischen Gelege über die Verlegung der Dienstpflicht des Genusses und der ständlichen Arbeiter aufgehoben werden; andere Anträge fordern eine Umgestaltung der Bestimmungen über Fortbildung, die allgemeine Befreiung des Gebrauchs fremder Sprachen in öffentlichen Versammlungen und der Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel, Aufhebung des § 2 des Vagabundengesetzes und Abschaffung der politischen Geheimpolizei.

### Rezension Eberling.

Der in Halle stationierte nationalliberale Reichstagsabgeordnete und Direktor des Evangelischen Bundes, Dr. Eberling, Vertreter des 10. württembergischen Wahlkreises, Döbeln-Köpenick, gehört zu den unangenehmsten Erscheinungen, die die württembergischen Wahlen 1907 in den Reichstag schickten. Er ist einer von den realistischen Reichstags, die sich ausdrücklich mit ihrer volksfeindlichen Bestimmung brüsten, um gesehen zu werden. Dabei aber Kulturkämpfer, der sich in dieser Hinsicht nicht über den Liberalismus der siebziger Jahre zu erheben vermochte.

Die Kulturkämpferi wird ihn wohl auch bei der Kreuzzeitung — Wüchsig auf den schwarz-blauen Mod — verhaft gemacht haben; in der Morgenausgabe vom 7. Februar bringt sie einen Artikel: „Zur Kandidatur Eberling“, in dem eine „uninformierte Seite“ berichtet, daß Eberling 1905 nur unter großem Widerpruch zum Direktor des Evangelischen Bundes gewählt worden sei.

Etwas Professor Wippach, der seinen früheren Schüler doch etwas genauer kannte, vermehrte damals auch Graf Wintkin gerade an Eberling die moralische Qualifikation, den weiten Wad und vor allem den rechten Takt, den eine solche Stellung erfordert.

In den größeren Bundesversammlungen habe sich Eberling stets besonders unliebsam bemerkbar gemacht durch seine abspredende Kritik über die Geschäftsführung in Halle, wie auch über die Redaktion der vom Bundes damals noch in Berlin unterhaltenen offiziellen Deutsch-evangelischen Korrespondenz. In dieser Kritik lag Methode. Professor Wintke sollte von seinem Posten in der Geschäftsführung verdrängt werden. Die Deutsch-evangelische Korrespondenz aber sollte die Waffe, das wichtigste Sprungbrett bleiben, von dem Eberling sein Ziel, eine politische Rolle zu spielen, erreichen konnte. Die unerwartete Auflösung am 13. Dezember 1908 kam seinen eberlingischen Plänen sehr guttaten. Er ließ sich in Döbeln-Köpenick als Kandidat der Ordnungsparteien wählen, und stellte den Gesamtvorstand dann vor die politische Entscheidung.

Es wird dann weiter erzählt, daß Eberling den Schriftführer, Professor Wintke, am Vorabend des Evangelischen Bundes hinausgeschleift, und daß er die Bundeskorrespondenz „arg misshandelt“ habe, um „die eigene Persönlichkeit und Tätigkeit ins rechte Licht zu setzen“.

Kein Wunder daher, schließt die Kreuzzeitung, wenn die gezeigte Tätigkeit dieses Mannes nachgedacht wird von einem Teile seiner bisherigen Wähler erkannt und beurteilt worden ist. Aber auch das Wirtkauen, das Graf Wintzinger-Rode und jene anderen „bewußt und ehrlich empfindenden Protestanten“ 1905 in Hamburg gegen Eberling zum Ausdruck brachten, hat sich, je länger desto mehr, als nur zu begrundet erweisen können. Sollten aber wirklich die liberalen und freireligiösen Wähler in Döbeln-Köpenick an ihm als ihren Kandidaten für die nächsten Reichstagswahlen festhalten, so trifft sie allein die Schuld, wenn dort die Sozialdemokratie erntet, was Eberling gesät hat.

Die Sozialdemokratie ist durch ihre Bemerkung Ausdruck geben, daß die „Ordnungsparteien“ so treffliche und charakteristische Leute, wie Eberling, als ihre würdigen Repräsentanten aufstellen. Die Konservativen haben übrigens dem prächtigen Eberling in Döbeln einen eigenen Kandidaten gegenübergestellt. Aber auf jeden Fall geht die politische Herrlichkeit Eberlings bei den kommenden Wahlen flöten. Man werfe nur einen Blick auf das Wahlergebnis von 1907. Dr. erhielten: Sozialdemokrat 12.700, Nationalliberal 6944, Konservativ 4470, Freireligiös 2730. Die Stichwahl ergab: Nationalliberal 14.421, Sozialdemokrat 12.700. Reber Wintke sieht wohl mit dem Stolz, das Döbeln-Köpenick jetzt zum hundertsten Wählerkreis der Sozialdemokratie herannereit ist. Der sozialdemokratische Kandidat ist Dr. v. Sisch, leitender Redakteur der Leipziger Volkszeitung.

Also im Herbst: Gute Nacht Eberling!

### Die Urnen auf Ponape.

Der stellvertretende Gouverneur von Neu-Guinea, Regierungsrat Dr. v. Sisch, hat nun einen weiteren Bericht über die Urnen des Auffandes erstattet. Dem in der Norddeutschen Allgemeine Zeitung veröffentlichten Bericht entnehmen wir folgende Stelle:

„Es handelt sich in letzter Linie um eine Aufhebung gegen unsere Verfassung, die den Volkselemente anfang, unbedeutend zu werden. Bis 1907 etwa hatte man die Dinge in Ponape gehen lassen, wie sie wollten. Dann setzte langsam ein Prozeß ein, der eine Umformung einer Reihe alter Rechtsgewohnheiten und Sitten der Ponapeleute zum Ziele hatte und sie in ihren alten Gewohnheiten und Selbstherrlichkeiten zu stören anfang. Diese Lebensverfassung sollte beseitigt werden. Damit kamen die Steuern, welche durch Begehrarbeiten aufzubringen waren. Jolte daher die Einführung dieser Neuerungen am längsten Widerstand entgegengeleht. Schließlich konnte es sich bei der Entscheidung der Dinge offen nicht



große Erregung darüber, daß der russische Konsul sich in der L. den Mann ausgemittelt, der am 1. d. M. den Götzern durch mehrere Schritte verurteilt. Es heißt, die Gesellschaft reise die Bevölkerung auf, sich der Eröffnung einer Filiale der russischen Bank zu widersetzen.

### Aus der Partei.

#### Die beleidigte Majestät.

Die Strohkammer in Duisburg beruhte am Dienstag den Gewerkschaftssekretär Gante-Berlin wegen sogenannter „Majestätsbeleidigung“ zu vier Wochen Gefängnis. Der Bericht soll die „Majestätsbeleidigung“ in einem Vortrag über: Kaiser und Volk begangen haben, indem er erklärte, es sei nicht richtig, was Wilhelm II. nach England geschrieben habe, daß ein großer Teil des deutschen Volkes England feindlich gesinnt sei. Der Staatsanwalt wollte den Majestätsverbrecher gleich zu drei Monaten verurteilt werden. In dem „nationalen“ Lobreden der herrlichen deutschen „Majestät“ behaupten, der beleidigte Majestätsbeleidigungsparagraf sei „gemildert“ worden. . .

#### Ein Aufbruch der chinesischen Sozialisten.

Die kürzlich entlassene chinesische sozialistische Partei veröffentlichte ihren ersten Aufruf an das Volk. Nach der Schilderung der Leiden, die das Land jetzt durchleidet, heißt es in dem Aufruf, daß China „gerät als eine Dure“ in „eine verurteilte ihre Lebensjahre, während wir noch dafür zahlen, daß ein neues und verewiglicht. In diese Verdrüßliche, die Wandlungen, haben ein aus gänzlich fremdes absolutes Regime eingeführt. Dieses Regime muß vom Erdboden fortgesetzt werden.“ In dem Aufruf wird weiter die Rede der Arbeiter geschloßelt. Die neue Klassen zum Export verkauft werden, während es gleiches Recht die Arbeiterklasse in den anderen Ländern das Recht geübt, offen über ihre Bedürfnisse zu sprechen und zu schreiben. Verträge zu bilden und einen großen Bund der Arbeiter aller Länder zu schließen.“ Der Aufruf fordert alle Arbeiter Chinas auf, einen energischen Kampf für die Ideale des Sozialismus zu führen, und stellt die folgenden Forderungen auf: Abschaffung der Monarchie, Errichtung einer Republik auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen, Wählbarkeit aller Erwerbstätigen der Provinzial- wie der Zentralregierung, dem Präsidenten des Reiches mit einbezogen. Unterzeichnet ist der Aufruf vom Führer der chinesischen sozialdemokratischen Partei, Sun Wen.

#### Sozialistische Beamte in Milwaukee.

Die im Herbst gewählten neuen Bezirks- und Gerichts-Beamten haben, 41 Mann stark, Weis von ihren Ämtern ergriffen und gleich mit einigen Reformen begonnen. Der Leichenschauer, Dr. Rubin, befreit sofort die bisherige schandliche Anstellung von Messern, Revolvern, Giftflaschen, Selbstmorden und anderen von Mördern und Selbstmördern besetzten Stützmitteln. Und der Sheriff Vermond, dem das Gefängnis unterstellt, ersetzte das bisherige System, nach dem der Sheriff das Geld für die Verpflegung der Gefangenen erhielt und auf eigene Rechnung das Essen bezogte, durch die unmittelbare Verpflegung der Haft durch die Verwaltung. Das mit nicht die Möglichkeit, daß der Sheriff auf Kosten der Mangelhaft und schlecht genährten Gefangenen Profit macht, befreit.

Überall zeigt es sich, wie unter dem alten System die Bürger ausgeplündert worden sind. Bei den Pfänderarbeiten sind in 10 Jahren 1 1/2 Mill. Dollar zwiefel ausgegeben worden. Im neuen Jahre werden 100 000 geparkt werden. Im vorigen Jahr sind jetzt geltende Budget, das von der alten Verwaltung aufgestellt ist, noch unter dem Namen der früheren Zustände. Doch ist entsetzt worden, daß die ärmsten Viertel in der Steuererhöhung zugunsten der reicheren benachteiligt worden sind. Mit Recht konnte Gen. Berger in einer Rede in Milwaukee City sagen: „Wir haben der Stadt die erste erhebliche Vermittlung gegeben, die sie je gehabt hat. Nicht allein die Massen sind für uns, auch die Geschäftsleute sollen uns helfen. Unter den Massen verheißt es nicht nur die Arbeiter und die Organisierten, sondern auch die Handlungsbetriebe, die kleinen Geschäftsleute und den breiten Mittelstand.“

### Briefkasten der Redaktion.

Krankeinfachenswerde Merkwürdig. Eine Sie Antwort erhalten darüber können nach mehrere Wochen vergehen. Den Eingang der Antwort müssen wir schon abwarten. Bitte uns dieselbe dann sofort zuzuführen, damit das Weitere beantragt werden kann.

### Aus den Nachbarkreisen.

Wittenberg. Nationalliberale Sonderkandidatur. Die Wittenberger Zeitung meldet, daß am Montag nachmittags unter dem Vorsitz des Amtsräters Dr. Gering eine Vertrauensmännerkonferenz der nationalliberalen Partei des Kreises statt. Den Hauptinhalt der Beratung bildete die Aufstellung einer eigenen Kandidatur. Die nationalliberalen Reichstagspolitiker haben den Ernst der Situation ganz richtig erkannt. Sie meinen, wie die Verhältnisse sich im Kreise entwickelt haben, ist es mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Sozialdemokraten diesmal im ersten Wahlgange den freiwirtschaftlichen Mandatanten überflüssig machen und somit eine Stichwahl zwischen konservativen und sozialdemokratischen Mandatanten und der Liberalismus überhaupt ausgeschlossen würde. Um dies zu verhindern, muß die Wahlkraft dahin gehen, den Konservativen so zu schwächen, daß die Liberale und der Sozialdemokrat in die Stichwahl kommen. Diese Wählkraft kann natürlich durch einen einflussreichen freiwirtschaftlichen Kandidaten in dem durchsichtigen Wahlkreise niemals erreicht werden. Deshalb war die Aufstellung einer nationalliberalen Kandidatur im Interesse des Gesamtliberalismus durchaus geboten. Von den anwesenden zehn Kreisparlamentarier haben sich neun für die Sonderkandidatur. Als Kandidat wurde der Landtagsabgeordnete Oberster Baumbach aufgestellt, eine „ausgezeichnete Kapazität für ländlichen Wahlkreis“.

Die Herren Nationalliberalen haben wirklich große Reizien im Saal, wenn sie dem abgeklapperten Liberalismus so viel Zusatzen guttunen, um den Konservativen aus der Stichwahl zu verdrängen. Wenn auch das Schulhaus des Antiquarats übergrößer ist, so ist doch kaum anzunehmen, daß sich die öffentlichen Straußritter gerade von den Liberalen, die ebenfalls ihr vorgegriffelt Werk zu der Wehrbefähigung des Volkes beizutragen haben, furchten sollten. Range wird den Konservativen mit dem Amt der Sozialdemokratie. Das Amt wird der Sozialdemokratie nach folgendes: Die Konservativen erhielten 9219, die Freiwirtschaftlichen 5764 Stimmen, während der Genosse Reichlich 4588 Stimmen auf sich vereinigte. Der Reichstagswahlkampf ist mit der Aufstellung der vier Kandidaten eröffnet. Untere Gewählten im Wahlkreis werden ebenfalls mit aller Kraft an die Arbeit gehen. Nur durch einen frischen, frischen Kampf können wir unseren Reichtum, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit für alles, was Menschenanliegen trägt, näher kommen.

Wittenberg. Als Streikführer freigesprochen wurde der Arbeiter August Einemöller in der letzten Strafverurteilung. Er sollte kein Gericht in der Strafkammer für einen Verstoß gegen die Strafkammerurteilung des Wittenberger Gerichts hatte er sich wieder auf die Anklage wegen Strafkammerverstoß an einem Hühnerhändler und wegen Erzeugung öffentlicher Verwirrung an verantworten. An der unter Vorladung der Strafkammer in Verhandlung wurde der Urlaub für überführt erachtet und mit einer Gesamtstrafe von zwei Jahren Zuchthaus bestraft.

Zorgau. Die Steuererhöhung perfekt. Der Haushaltsplan balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 806 720 Mk. (1906/10 waren es 740 000 Mk.). Die Gesamtsumme der Einnahmen ist 790 220 Mk., die Gesamtsumme der Ausgaben 806 720 Mk. Unter den Einnahmeposten stehen oben: Gemeindefiscalabgaben mit 243 200 Mk. (verpflichtet 223 750 Mk.); die Gemeindefiscalabgaben sind wie bekannt von 150 auf 160 Prozent erhöht. Die Einnahmeposten der Forten sind veranschlagt zu 71 800 Mk. (Ausgabe 37 500 Mk.), des Bauvertrags zu 38 880 Mk. (Ausgabe 28 370 Mk.), der Gewerbesteuer zu 30 120 Mk. (Ausgabe 11 110 Mk.), aus unbedachten Grundbesitzern zu 10 190 Mk. (Ausgabe 3110 Mk.) usw. Unter den Einnahmeposten stehen in Ausgabe: Gymnasien 122 600 Mk. (Einnahme 77 400 Mk.), mittlere Schulen 80 250 Mk. (Einnahme 45 520 Mk.), Volksschulen 67 230 Mk. (Einnahme 11 880 Mk.). Die allgemeine Verwaltung mit 63 550 Mk. Ausgabe und 7800 Mk. Einnahme verzeichnet.

Malsberg. Vom Rathaus. In der am Freitag stattgefundenen Sitzung der Stadtkommission wurde die reichhaltige Tagesordnung wie folgt erledigt. An Stelle des verstorbenen Mitgliedes der Schuldeputation, Lindhorst, wurde Stadtk. G. Herrmann gewählt. Zum Gehalt des Erbboten, um Erhöhung der Pauschalsumme für die antizipierten Besamungsumlagen, legte der Magistrat der Stadtkommission-Versammlung einen Antrag vor, wonach die Summe von 50 Mk. auf 80 Mk.

pro Jahr erhöht werden sollte. Die Stadtkommission ginsten über den Antrag der Magistrats hinaus und erhöhten die Summe auf 100 Mk. Eine längere Debatte entsand über das Gehalt des Hausbesitzervereins, Lebensrente der Gattin für die Wunden auf die Stadt. Der Magistrat hatte beschlossen, diese Verpflichtungen abzulösen. Da man in der Debatte über das Eigentumsrecht der Wunden wieder genaue Bestimmungen ändern konnte, wurde der Magistrat ersucht, sich mit verschiedenen Haftpflichtversicherungen in Verbindung zu setzen, um die Milderung der Wunden zu ermöglichen. Der Magistrat wird ersucht, einen entsprechenden Entwurf demnächst vorzulegen. Auch war in dem Gehalt des Hausbesitzervereins darauf hingewiesen, die Stadtkommission sollte die Besamung der für künftigen Jahre einzahlen. Dies wurde abgelehnt. Die nachmalige Besamungsumlage über die Höhe des Gehalts des Stadtkommissionen und Sparfahrskontrollen wurde von der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung abgelehnt und in geheimer Sitzung beraten. — Über den Vertrag mit dem Cito Kaufmann Graben wurde beschlossen, dieses Stück dem Garten gegen Zahlung eines Pachtpreises zu überlassen. Das Stück Land bleibt Eigentum der Stadt und ist jederzeit entziehbar. — Ferner wurde die Aufhebung einer Anleihe von Bürgern beschlossen. Die Zinsen der beiden kleinen Besamungsumlagen sollen in erster Linie beschlagnahmt werden. Der Gehalt des Magistrats, des nichtige Anschlag dreimal nicht zu berücksichtigen, zumal die Differenz im Preise der beiden kleinen Anleihen eine ganz minimale ist, stimmte die Stadtkommission zu. Der Pachtpreis der Tage beträgt 200 Mk. jährlich einfließt. Reparaturen.

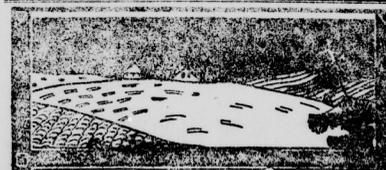
### Partei-Literatur.

In freien Stunden. Romanbüchlein in Wochenheften. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Die Seite 4 und 5 sind erschienen und bringen die Fortsetzung des spannenden Romans Karl Spindlers: Der Jude. In freien Stunden folgt pro Heft 10 Pf. und ist durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kulturporture zu beziehen.

Kommunale Praxis. Wochenbüchlein für Kommunalpolitik und Gemeindefiscalismus. Die Seite 4 und 5 sind erschienen. Jede Woche erscheint ein Heft. Abonnement zum Preise von 3 Mk. pro Quartal nehmen alle Sozialisten, Buchhandlungen und Expeditionen entgegen. Probenummern kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Verantwortlich für Beiträge. Politische Nachrichten, Parteipolitische Paul Senzig für Ausland, Gemeindefiscalismus, Genossenschaft und Reichsminister Karl G. d. Bolates Otto Kiebuhr, Provinzial- und Versammlungsberichte Gottl. Kasparik, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.



## Im kleinsten Ort

finden Sie Rothweins Malzkaffee. Das kann man von keinem anderen Malzkaffee sagen. Es ist der direkte Beweis dafür, daß Rothweins Malzkaffee der beste ist. Denn nur ein wirklich gutes Getränk kann einen solchen Erfolg haben. Rothweins Malzkaffee verdrängt die heisspiessige Verbreitung und Beliebtheit seiner immer gleichen Gatte, seiner Bekanntheit, seinem Wohlgeschmack und seiner Billigkeit.

Der Gehalt macht's!

# Konfirmation und Prüfung.

### Konfirmanden-Jacketts

in schwarz Cheviot, nette Kleidsame Fassons 4,75 M. 350

in schwarz Coating, schick mit Blenden besetzt, 10,50 M. 575

### Korsetts

aus gutem Drell mit Stahl-Einlagen Strick 1,75 2,00 1,15 Pf. 80

aus prima Drell, in weiss und grau Stück 2,40—1 M. 180

### reine Wolle

Cheviot 90—110 cm breit M. 2,10 1,85 1,50 1,35 08 Pf.

Alpaca u. Panama glanz. 110—120 cm breit M. 2,15 1,65 1,45 1 M. 128

Mohair-Crèpe reine Wolle doppeltbreit M. 2,00 1,75 1,50 1 M. 135

Serge reine Wolle 90—110 cm breit M. 2,00 1,85 1 M. 145

Satin-Tuch reine Wolle 90—110 cm br. M. 2,35 1,78 1,65 1 M. 145

Cachemire reine Wolle 95—110 cm br. M. 2,40 2,00 1 M. 175

### Weiss

Fantasiestoffe doppeltbreit mercerisirt, Mtr. 98 70 Pf.

Crèpe reine Wolle 90—110 cm breit Mtr. 2,10 1,85 1,50 1,35 1 M. 100

Cheviot reine Wolle 90—110 cm breit 2,00 1,75 1,50 1,35 1 M. 120

Wollbatist reine Wolle 90—110 cm br. M. 2,10 1,85 1,50 1 M. 135

Chevron reine Wolle 90—110 cm br. M. 2,15 1,85 1 M. 155

Seiden-Batist reine Wolle u. Seid. Mtr. 2,35 900

### Farbig

Cheviot bew. Fab. Mtr. 2,10 1,85 1,55 1,45 1,35 1,20 98 Pf. 75

Wollbatist reine Wolle 90—110 cm breit, Mtr. 1,90 1,65 1,35 1 M. 115

Diagonal reine Wolle, 90—110 cm Mtr. 1,85 1,75 1 M. 145

Satin-Tuch reine Wolle, 90—110 cm br. 2,10 1,95 1,78 1 M. 165

Seidenbatist reine Wolle u. Seide 95—100 cm br. Mtr. 2,35 2 M. 200

Coating reine Wolle, 110 cm breit Meter 2,85 235

### Konfirmanden-Kleider

aus schwarz Serge und Cheviot mit Posamenten-Kohler Tüll-Kragen u. Vorärmel 28,50 bis 1750 M.

aus eifenbein Wollbatist u. Serge, Taille m. apart. Applikation und Spachtel-Einsätzen Rock mit Falten-Ansatz 28,50 bis 18 M. 4850

### Unterröcke

aus bestem weiss. Barock mit Languettes 2,75 2,50 2,25 1,85 1,50 1 M. 125

aus pr. weissen Stoffen, m. Stück-Volants u. Einsätzen 4,00 3,25 2,75 2,25 1 M. 190

Geschäftshaus J. J. J. Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.



# 1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 34

Halle a. S., Donnerstag den 9. Februar 1911

22. Jahrg.

## Briefe aus dem Orient.

### Der arabische Kolonialkrieg.

Das Communiqué des türkischen Ministeriums des Innern über den Zustand in Jemen, das Jnen der Telegraph bereits übermittelt haben dürfte, bedeutet das offizielle Aufstehen, das man es in Arabien nicht mehr mit gelegentlichen Aufständen, sondern mit einem regelrechten Kolonialkrieg zu tun hat. Das sind nicht mehr vereinzelte Vorkämpfe, sondern eine Vereinigung der wichtigsten Araberstämme, die selbst die Offensive ergreifen, die Hauptstadt des Jemen, Sanaa, umzingelt haben und diese endlich erobern.

Die Truppenmassen, die die Regierung jetzt nach dem Jemen sendet, können erst Ende Februar in bedeutender Zahl auf dem Kampffeld erscheinen. Davon, ob sich Sanaa als bis dahin hielt, hängt wesentlich der weitere Verlauf des Feldzugs ab. Es heißt, daß Sanaa reichlich mit Munition und Nahrungsmitteln versehen sei. Wenn die Hauptstadt trotzdem nicht handhaben sollte, so würde das die weitere Kriegsführung sehr erschweren und die Sendung noch stärkerer Truppenmassen erforderlich machen.

Man rechnet mit Kämpfen, die sich den ganzen Frühling und vielleicht auch den Sommer durchziehen könnten. Das kostet vor allem ein Heubündel und erschwert in doppelter Beziehung die finanzielle Lage des Reichs: erstens, weil es alle Berechnungen des Budgets über den Jemen wirft, zweitens, weil es die Unterbrechung der Karavane, die noch in den Vorfrühling der Karavane ruht, und den Rückzug weiterer Finanzgeschäfte zugehen erschwert.

Politisch wird dadurch die Reformtätigkeit der Regierung in Kleinasien so gut wie lahmgelegt. Die anaristischen Zustände, die schon jetzt in Mesopotamien herrschen, werden nunmehr erst recht um sich greifen, und selbst der Weiterbau der Bagdadbahn kann dadurch beeinträchtigt werden. Sowohl am Persischen Golf wie im Innern Persiens bekommt England und England freie Hand. Der Zustand kommt diesen beiden Mächten wie gerufen.

Die Ursachen des Aufstandes lassen sich auf drei Hauptmomente zurückführen: 1. das soziale Elend, 2. die Macht der Scheichs, 3. die englische Einmischung.

Arabien bildet bekanntlich eine Wüste, die von fruchtbareren Landstrichen umschlossen ist. Im Süden, Westen, Nordwesten ist es das Wüstengebiet, das eine üppige Vegetation hervorruft, im Osten begibt Nordosten das meiste Mesopotamien. Wo es Sand zu bebauen gibt, ist die Bevölkerung anfällig, die Wüste dagegen wird von den nomadischen Beduinen bewohnt.

Man versteht gewöhnlich unter Nomaden Kletterer, die mit ihren Herden herumziehen und sich von der Viehzucht ernähren. Das genügt aber nicht zur Charakteristik der nomadischen Beduinen der arabischen Wüste. Das unwirtliche Klima der Wüste bedingt es, daß das einzelne Tier, aber das sie in bedeutenden Mengen versorgen, das Kamel ist. Das Kamel ist ein äußerst geringwertiges Tier, dafür liefert es aber auch selbst sehr wenig Nahrungsmittel: seine Milch wird wohl von den Beduinen vertrieben, genügt aber nicht zum Unterhalt des Geschlechtes. Die Beduinen sind infolgedessen fast Jahrhundertlang Handwerker. Aus der Wolle des Kamels bereiten sie die mannigfaltigen Gegenstände, Stoffe, Teppiche, Matten usw., die sie bei den Bauern des „glücklichen Arabien“, Syrien, Mesopotamien, gegen Nahrungsmittel und ihren sonstigen Bedarf austauschen. Ihr wichtigster Erwerbszweig war aber seit jeher der Transport durch die Wüste. Wir kennen diesen Verkehr meistens nur aus den Erzählungen der Kaufleute, die sich über die Leberfälle leiten der wilden Beduinenstämme beklagen. Allerdings, wie die ersten Entdecker zugleich Räuber waren, so sind auch diese Vermittler des Verkehrs durch die Wüste Gemeinfeinde, die nicht immer die Schwabungsgewissen mein und kein zu unterbreiten vermögen. Bei allem ist es aber eine historische Tatsache, daß ohne die Beduinen der Verkehr durch die Wüste unmöglich wäre. Sie kennen die Routen, kennen die Wüste, wo man auf der weiten Reise Wasser und Erholung finden kann, sie haben mit unsäglicher Mühe, unter Anwendung einer riesenhaften Massenerarbeit in stichischen Oasen geschaffen, um einen regelrechten Verkehr unterhalten zu können. Als Transportlinie und Karawanenbegleiter haben sie den Völkern der Umgebung gedient, um deren Verkehr untereinander zu vermitteln, und durch ihr Gebiet zog auch ein wichtiger Handelsweg nach Ostindien.

Wie sie haben die Karavane über wirtschaftlichen Tätigkeit gehabt hinter sich. Schon die Beschickung Südrusslands, die das Einvernehmen der Missionen aus Äthen nach Europa übertrau und im Mittelasiatischen Meer die Handelsstraßen kreuzte, hat den wirtschaftlichen Verkehr Arabiens zur Folge gehabt. Später kam die Handelsstadt Aden, die einen Zolleverehr mit Ostindien ermöglichte. Dann die Entdeckung Amerikas, die den Handelsverkehr nach dem Atlantischen Ozean ablenkte. In jüngerer Zeit die Erbauung des Suezkanals, die einen neuen Seeverkehr mit Ostindien schuf.

Die moderne Entwicklung mit ihren Eisenbahnen, wie Kleinbahnen, auch diese Wegenden zu einem neuen Leben zu werden. Vorläufig aber ist das Ergebnis des vom Kapitalismus geleiteten Industrialismus die Verminderung der Karawanenverkehr erhielt einen Todesstoß — weshalb kann auch die einbringende Frachtrate raubt den Markt den Produkten des einheimischen Gewerbes. Der Handel verlor die Bedeutung, die anfänglich wie die nomadische, in eine Schuldenwirtschaft. Und da kommt noch der Staat mit seinen Steuern und Steuernaushebungen!

Diese soziale Ferkelung ist der Grund, weshalb die Araber, die Bauern wie die Nomaden, eine unruhige Masse bilden, die zu Aufständen bereit ist.

Der soziale Verband der Araber hält die Mitte zwischen der Stammesorganisation und dem Staat. Die Grundlage bildet die Vereinigung mehrerer Stämme, die eine Anzahl blutverwandter Familien verbindet. Diese Familienverbände selbst werden zu einer höheren Gruppe zusammengeschlossen, der die Aufsicht über die soziale und sonstige regelmäßige Kollektivtätigkeiten anfallen. Mehrere solcher Gruppen bilden einen Stammesverband, zum gemeinsamen Kampf durch die Wüste. Mehrere Stammesverbände vereinigen sich zur Verwirklichung großer Oasenarbeiten — vor allem große Erdarbeiten, um die Oasen gegen Verlandung durch Wüsteneinde zu schützen —

ferner zum Kampf gegen andere Verbände. Noch darüber hinaus geht der religiöse Verband, der bereits den Uebergang zur islamitischen Staatsbildung darstellte.

Die Scheichs, die an der Spitze der großen Verbände stehen, vereinigen deshalb eine große Truppenmacht unter ihrem Befehl. In diesem Augenblick sind es zwei Scheichs, der Imam Ischia und Seid Ibrahim, die die Araberstämme unter ihrem Befehl vereinigt haben. Beide streben nach einer Loslösung von der türkischen Herrschaft, um selbständige Staaten zu bilden, und kämpfen bereit gegen die türkische Armee.

Diese Verbündeten werden von England unterstützt, das die Türkei sowohl von der Küste des Roten Meeres, das es in ein östliches „geöffnetes Meer“ verwandeln möchte, wie vom Persischen Golf und nördlich aus Mesopotamien zurückdrängen möchte. England verfolgt diese Aufstrebenden mit Gewehr und Munition, gelegentlich auch mit Geldmitteln. Wenn die neuesten Ausstellungen der Ärmee, die eine endgültige Klärung der politischen Ansprüche Englands und der Türkei in jenen Gebieten verlangt, den Intentionen der englischen Regierung entsprechen, so erscheint der gegenwärtige Zustand nur zu begründet.

Nens-Gazette, ein türkisches Organ, erinnert daran, daß 1903 bei den großen Araberkämpfen 80 000 Mann türkischer Truppen, mehrere hunderttausend Gewehre und 70 Feldgeschütze verloren gingen! Das gibt eine Vorstellung davon, welche gewaltige Entwicklung dieser Sozialkrieg unter ungünstigen Verhältnissen annehmen könnte. **Parvus.**

## Gewerkschaftliches.

Die Lohnbewegung im graphischen Gewerbe Leipzigs hat zum Anknüpfen von 68 Privatgraphen an die Vereinbarungen geführt. Mit einer Anzahl Betriebe schweben jetzt noch Verhandlungen. Wenn auch der drohende Ausstand vermieden werden konnte, so muß doch nach wie vor auf Arbeiten aus Leipziger Betrieben geachtet werden, da eine ziemliche Anzahl Firmen noch gesperrt sind. Bei der Firma W. Leopold-Imenau sind einige Differenzen ausgebrochen, die zum Ausstande führen können, wenn deren Forderung unmöglich sein sollte. — Bei der Firma W. K. K. in Leipzig liegen die Verhandlungen der Arbeit nicht, weil ihnen eine Reduktion der Arbeitszeit um nahezu 50 Prozent zugemutet wurde. Zugang nach den genannten Orten ist ferngehalten.

### Achtung, Metallarbeiter!

In der Maschinenfabrik und Eisengießerei Höhnig in Sorau haben die Metallarbeiter wegen Lohnminderungen die Arbeit eingestellt. Die Arbeiter im Höhnig in Sorau werden geradezu ermüdet entlassen; gelernter Arbeiter, wie Schlosser, Feilschmiede, Feilschmiede erhalten einen Stundenlohn von 25 Pf. Die Arbeitseinstellung erfolgte, weil den Arbeitgebern (Drehern, Formern) bedeutende Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen wurden. Die bestehenden Forderungen der Arbeiter, die Lohnsätze zu erhöhen, wie sie höher waren und den Stundenlohn für gelernte Arbeiter auf 30 bzw. 35 Pf. und für Hilfsarbeiter auf 25 Pf. festzusetzen, hat die Betriebsleitung des Höhnig abgelehnt. Die Arbeiter, einschließlich der Mitglieder des Gewerkschaftsvereins, haben daraufhin einmütig den Betrieb verlassen. — Zugang von Metallarbeitern aller Branchen ist streng ferngehalten.

## Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 8. Februar 1911.

### Volkslicher Vortragstournee des Bildungsausschusses.

In seinem dritten und letzten Vortrage über das sozialdemokratische Programm behandelte Genosse Julian Worchardt in Berlin den Klassenkampf und seine Taktik. Nach einer kurzen Rekapitulation der vorausgegangenen Vorträge wandte sich der Vortragende dem Thema des Abends zu und zeichnete hier zunächst in klaren, knappen Worten den Verlauf des historischen Materialismus dar. Die Hauptaufgabe ist es, das Wesen der Gesellschaftsordnung festzustellen; aus der Umwandlung der Produktionsweise ergibt sich demnach auch eine Änderung der Gesellschaftsordnung. Dieser Entwicklungsprozess ist ein ständiger und vollzieht sich noch täglich vor unseren Augen. Eine wichtige Rolle in diesem wirtschaftlichen und sozialen Umwandlungsprozess spielt vor allem die Steigerung der Produktivität der Arbeit. Da diese Steigerung dauernd ist, so bedingt das notwendig und logisch auch eine fortwährende Umwandlung der Gesellschaftsordnung.

Nun wäre es völlig verfehlt anzunehmen, daß die Menschen ihren Lauf lassen müßten. Ohne die Tätigkeit, ohne Zutun der Menschen wird nichts geschehen. Der Sinn des Vortrages wurde klar und so verstanden werden, daß diese Dinge durch ein gezieltes Handeln der Menschen geändert werden können. Die Gesellschaftsordnung ist im Laufe der menschlichen Geschichte mehr als einmal umgewandelt worden. Die Triebfeder dieser Umwandlungen war und ist immer der Klassenkampf. Nehmen wir als Beispiel die Geschichte der alten Germanen. Der Grund und Boden, der ursprünglich Gemeingut des Stammes, der Sippe war, wurde später an einzelne Stammesgenossen verlost. Der Grund und Boden auf immer längere Zeit verliehen, bis schließlich daraus das Privateigentum mit dem dazugehörigen Erbschaftsrecht entstand. Große Vorkämpfer wurden auch von den Kämpfern (z. B. den Franken), die das Veräußerungsrecht über den größten Teil des Landes hatten, an ihre Getreuen, Kriegerleute, Ritter und Vasallen, verlehnt. Die alten Freien konnten meistens die Vasallen, die ihnen der Kriegsdienst des Königs auferlegte, nicht mehr ertragen und zogen es vor, den großen Grundbesitzern zu dienen, deren Behausung des Grund und Bodens weit produktiver und rationeller war. Hier sehen wir, wie durch die gesteigerte und geänderte Produktionsweise sich eine neue, vom Organismus abhängige Gesellschaftsordnung bildet. So ging die Entwicklung in anderer Weise bis auf uns, das kapitalistische Zeitalter weiter. Heute ist es die Arbeiterklasse, die unfrei und vom Kapitalismus abhängig ist. Aus dieser sozialen Klassenstellung, ihrer unterdrückten Lage heraus ergibt sich der Klassenkampf des Proletariats mit dem Naturalismus.

Die ganze Klassenlage des Proletariats ist aber so, daß es bei Fühnung des Klassenkampfes einzig und allein auf die Unterstützung angewiesen ist und die schließliche Befreiung der Arbeiterklasse aus der kapitalistischen Sklaverei nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann! Das Mittel zur Befreiung ist der Klassenkampf. Soll er nachhaltig und wirksam sein, so muß er planmäßig und einheitlich geführt werden. Diese Aufgabe und dieses Ziel hat sich die Sozialdemokratie geteilt und auch in ihrem Programm festgelegt. Das Erste und Wichtigste, was wir zu tun haben, ist, die Arbeiter über ihre Klassenlage aufzuklären, sie in politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zusammenzuführen und dem Kampfe Begleitung und Ziel zu weisen.

Die Hauptforderung der Sozialdemokratie ist Befreiung der kapitalistischen und Einführung der sozialistischen Produktion. Der Vortrage zeigte nun an einigen Beispielen — u. a. Eugen Richter — wie sich die sozialistische „Zukunft“ in der sogenannten „Zukunft“, in den Sphären der Arbeiterklasse und fertigte die bildungsmäßigen Forderungen unter großer Beifall der Auditoriums humoristisch ab. Nun entließ aber noch die erste Frage, was bedeutet die Gegner mit ihren alternativen Forderungen vom sozialdemokratischen „Zukunft“, die ja auch im kommenden Reichstagswahlkampf wieder die allbekannte Verwendung werden. Ihre Absicht ist, das Volk vor dem „Zukunft“ gaulich zu machen. Das abgelehnt und entstellte Bild, das sie von der sozialistischen Gesellschaft entwerfen, die sie sich als einen „Zukunft“ vorstellen, ist im Grunde nicht anders als ein getrunkenes Bild des kapitalistischen Gegenwart.

Aber selbst die verboshresten Gegner haben mitunter einen klaren Moment, wo ihnen in einer Verhandlung von Ehrlichkeit die Tatsache anhaftet, daß sich die großen Reichtümer in immer weniger Händen annehmen, und es dümmert auch ihnen die schmerzliche Erkenntnis, daß es immer weniger sein kann, daß ein ganzes Volk in die Abhängigkeit weniger Millionäre und Milliardäre geraten. Der Redner zitiert als Beispiel einen Artikel der ultramontanen Kölnischen Volkszeitung, in dem dargelegt wird, daß das Vermögen des französischen Rothschilds, das innerhalb 90 Jahren auf 10 Milliarden angewachsen, heute schon der 20. Teil des französischen Nationalvermögens ausmacht! In dem kurzen Zeitraum von nur 30 Jahren hat es sich von einer auf 10 Milliarden vermehrt. Der amerikanische Petroleumkönig und Multimillionär Rockefeller hat ein jährliches Einkommen von 250 bis 300 Millionen Mark. Wir können daran ungefähr erkennen, wohin diese Entwicklung, wenn der kapitalistische Profit bestehen bleibt, letzten Endes führen müßte — zur Herrschaft weniger Kapitalisten über das ganze Volk!

Nun geht die wirtschaftlich-kapitalistische Entwicklung dahin, daß früher oder später die gesamte Produktion planmäßig über die ganze Welt geregelt und organisiert sein wird. Die damit verbundene Steigerung der Produktivität wird ganz von selbst zur gesellschaftlichen Produktion führen. Die Herstellung, die der Vortrage in unselbständiger Weise als sozialistische Zukunft darstellte, ist nur als eine persönliche Meinung aufgefaßt. Eins aber ist festzuhalten: Die zukünftige Gesellschaftsordnung wird herbeigeführt durch den Klassenkampf der Arbeiter und wird sich auf die Arbeit stützen. Sie wird aber ebenso gewiß die Freiheit alles dessen bringen, was Menschlichkeit trägt. (Sechster Beifall.)

Genosse Herrig gibt das Programm der weiteren fünf Abende bekannt und weist darauf hin, daß diese Vorträge besonders für die praktische Verwendung im kommenden Wahlkampf geeignetes wichtiges und wertvolles Material bringen werden.

Der partei Veruch auch dieses Vortrages und wiederum Jugend aus der ersten Zeit, die ein großer Teil der Halleischen Arbeiterkraft mit Ernst und Eifer an der Erweiterung und Vertiefung seines politischen Wissens arbeitet.

### Weiterer Kaufabend im Volkspart.

Der für diesen Monat angelegte Kaufabend des Bildungsausschusses findet nicht wie früher Dienstag statt, sondern am Sonntag, den 22. Januar, bei 8 Uhr abends. Ein ganz ausgezeichnetes Programm wird diesmal geboten. Solonomen und Duette von ersten Komponisten, wie Strauss u. a., werden gelungen. Die mitwirkenden Künstler bürgen für nur vorzügliche Ausführung der einzelnen Nummern. Der öffentliche Vortragsabend fällt bekanntlich in nächster Woche aus. Es ist zu hoffen, daß alle Teilnehmer an dem Kurus auch den Kaufabend besuchen. Eintrittskarten sind im Kartes- und Arbeiterkretariat, in allen Verkaufsstellen des Konsumvereins, allen Gewerkschaftsbüros und den bekannten Geschäften zu haben.

### Polizeiliche Besuche

empfangen in den letzten Tagen mehrere Parteigenossen, die am Sonntag, den 22. Januar, bei der Flugblattverbreitung hinführt wurden und später Strafmandate wegen angeblich öffentlich bemerkbarer Arbeit an einem Sonntag erhielten. Die Politischen zeigten eine sehr auffällige Mißgüte nach dem Grunde des Widerpruchs gegen die Strafbefehle und suchten glauben zu machen, daß die richterliche Entscheidung in dieser Angelegenheit ja doch „seinen Zweck“ hätte. Es sei zur Vermeidung von Meinungsverschiedenheiten durch die politische Einmischung in das gerichtliche Verfahren entstehen können, darauf hingewiesen, daß niemand auf solche Anfragen Auskunft zu erteilen braucht. Der Polizei kann zwar nicht berichtet werden, bei den Empfängern von Strafbefehlen vorzusprechen, aber keiner der doppelt Heimgekommen hat nötig, aber keine Motive zur Beantragung richterlicher Entscheidung aufzufüllen zu geben. Doch weniger sollte sich irgend jemand bezanlagt fühlen, den Einspruch gegen das Strafbefehl zurückzugeben, da dessen Aufhebung nach bisheriger Rechtsprechung sicher ist.

### Gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit.

Trotz mannigfachen, nicht gerade ermutigender Erfahrungen auf dem Gebiete der elementarsten gewerkschaftlichen Bildungsarbeit wird gegenwärtig von den Verwaltungen der größeren Konsumvereine des Saalkreises wieder ein Versuch zur Vertiefung der gewerkschaftlichen Gebanten freies innerhalb der arbeitenden Bevölkerung unternommen.

Und es scheint, als wenn dieser Versuch bessere Früchte tragen sollte, als gewöhnlich. In der Tat ist es in den letzten Jahren in Hamburg und Umgebung und vor allem am Montagabend Genossenschaft von Elm in Nienleben vor rechtlicher Unterstützung über das Thema: Die Verhältnisse von Männern, Samburg, Kopenhagen und Wagnersburg über die Genossenschaftsfrage. Der sachliche Wert dieses Versuchs ist nicht zu unterschätzen. Er liefert in dem Gebiete die genossenschaftliche Zerpflanzung nach groß ist.

Der Vortrag ist es wert, etwas ausführlicher wiedergegeben zu werden. Genosse von Elm führte etwa aus: Im letzten Jahr haben sich vier Konvente mit der Genossenschaftsfrage beschäftigt. Es ist interessant, daß diese Konvente, ungeachtet ihrer verschiedenen Auffassungen, alle gleichzeitig zur Genossenschaftsfrage erklärten. Alle folgten der Meinung, daß der große Wert des Genossenschaftswesens für die Konventionen anerkannt. Hauptsächlich wurde nicht nur der Vorteil des gemeinschaftlichen Warenbesitzes betont, sondern vor allem auch der der Eigenproduktion. Verbotlich ist, daß auch die ideale Seite des Genossenschaftswesens Beachtung gefunden hat. Es wurde auf die durch Beteiligung im Genossenschaftswesen herbeigeführte Selbständigmachung der Arbeiterschaft hingewiesen. Es wurde auch betont, daß durch Ausbau des Genossenschaftswesens die Demokratie in der Wirtschaft herbeigeführt werden kann. Es ist notwendig, daß die soziale Zulassung des Unternehmens, der Produzenten, von der Selbstbestimmung, die Kapitalisten den Ausschlag gibt. Unsere Organisationen vertreten die demokratische Gestaltung der Dinge, wobei jede Person eine Stimme besitzt. Dieser Grundsatz ist sehr wichtig. Je mehr unsere Organisationen wachsen, um so größer wird der Einfluß des kleinen Mannes in Wirtschaftswesen.

In den Verhältnissen der Arbeiterkongresse wird auch auf die Sozialisierung der Wirtschaft hingewiesen. Sozialisierung bedeutet Verstaatlichung. Die heutige Gesellschaft leidet an der Zerpflanzung, die beschränkt werden muß. Das geschieht, indem etwas öffentlich, aber nicht öffentlich, sondern nur als öffentliche Zerpflanzung. Da ist es notwendig, daß hier eine Zentralisation angebracht wird, die die Ware verbilligen muß. Die Kleinhandlung verlernen ihre eigentliche Aufgabe. Sie gehen mit den Großen und helfen den Kapitalisten, die Waren zu verkaufen. Das kann nicht gehen, wenn die Kleinhandlung immer mehr in Abhängigkeit von den Großhändlern gerät. In Kopenhagen beantragen die Deutschen, der Resolution den Hinweis auf die existierenden Tendenzen des Kapitalismus anzubringen. Das wurde abgelehnt, weil man diese Seite des Kapitalismus noch nicht genügend erkannt zu haben glaubt. Wir sind noch nicht soweit, um die Kleinhandlung auszubilden. Die umgekehrte Seite der Sache zeigt sich sehr, wenn in einem Orte ein Konsumverein gegründet wird. Sofort pflegen die Preise zu sinken. Im größeren Maßstab zeigt sich das bei der Eigenproduktion der Konsumvereine. Also hier besteht, sind die Preissteigerungen der Kapitalisten lächerlich. Wir müssen hier nachdenken, wie wir unsere Waren und Erzeugnisse der genossenschaftlichen Eigenproduktion in den Preisen unterbieten. Aber dadurch sind wir nicht zu täuschen, die den Unterschied zwischen Genossenschaft und Kapitalismus nicht kennen. Die Genossenschaft ist für die Allgemeinheit, während die kapitalistische Wirtschaftsweise nur den Einzelnen zu Nutzen ist.

Es wurde in Kopenhagen auch berichtet, daß die Genossenschaften noch dem Richter Belgians politischen Charakter zu verliehen. Die Deutschen haben auf dem Standpunkt, daß der Genossenschaft besondere Aufgaben zukommen. Die Genossenschaft soll nicht zerpflanzten, sondern vereinen. Sie will die Konsumvereine einengen, aber nicht zerpflanzten. Das ist die Aufgabe. Nur so ist die Zentralisation möglich, auf Grund deren die volle Zentralisation vor sich geht. Der Dänische internationale Genossenschaftstag hat ausdrücklich betont, daß an einem Orte nicht verschiedene Konsumvereine bestehen dürfen. Wie in Deutschland propagieren deshalb für die sozialistische Bewegung. Es ist größer, die Genossenschaft, die leistungsfähiger ist. Wir wollen nicht etwa eine größere Arbeiterklasse, sondern große Organisationen. Wir kennen die leistungsfähigkeit der englischen Vereine. Ihnen stehen gegenüber die belgischen Vereine. Die sozialistische Bewegung zerpflanzte sich ebenfalls in Belgien. Dort sind heute etwa 92 Millionen Umwohner in den sozialistischen Konsumvereinen. Sozial haben zwei große deutsche Städte allein. Die sozialistische zerpflanzte Genossenschaft Belgiens und Hollands können kaum je an die Eigenproduktion denken. Die Genossenschaft muß das aber. Der Arbeiter ist doch nicht allein Konsumist, sondern auch Produzent. Wenn diese Interessen nicht beachtet werden, könnte man dazu kommen, die Arbeiterschaft allen anderen vorzuziehen, weil sie billiger ist. Je mehr die Einheit der Menschen wächst, je mehr werden wir in der Lage sein, auf genossenschaftlicher Grundlage zahllosen Arbeitern anständige Löhne und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Rum haben die sozialistischen Kongresse in Kopenhagen und Wagnersburg erklärt, daß die Genossenschaften wirksame Waffen im Klassenkampf sein können. Daraus haben die Gegner konstruiert, daß die Konsumvereine sozialdemokratische Organisationen seien. Das ist natürlich grundfalsch. Die Genossenschaften sind nicht genossenschaftlich, sondern sozialistisch. Dazu gehört, daß alle genossenschaftlichen Organisationen als Rückversicherung angesehen werden. Die hohen Arbeiterkongresse sind ein Arbeitsfeld an unserer Bewegung. Je weniger ein Verein Rückversicherung zahlt, um so mehr kann er für die Mitglieder tun. Da auch die sozialistischen Kongresse davon überzeugt sind, daß die Rückversicherung ein Ziel ist, es notwendig, daß wir immer mehr gegen die Rückversicherung einen Teil als Fonds festlegen, um damit den Kampf gegen das Kapital, gegen die Ausbeutung zu führen. Zur Verwirklichung sind wir noch nicht gelangt, aber der dauernde Kampf wird uns dahin bringen. Schon entstehen in den Städten große sozialistische Organisationen. Die sozialistische Bewegung ist in den Genossenschaften wiederzuerstehen. In Wagnersburg sehen wir das sprechende Beispiel im Warenverein. Im dieser Gefahr zu begehen, ist die genossenschaftliche Auffklärung nötig. Die Genossenschaft soll nicht nur Rückversicherung zahlen, sondern auch für die Allgemeinheit wirken. Es ist notwendig, daß wir die Arbeiter gegen die Kapitalisten führen. Zahllos sind die Methoden, die die Kapitalisten anwenden, um die Arbeiter zu blenden und zu täuschen. Der Staatstrug in Amerika 3. B. auf seinen Arbeiter Aktien und Dividenden, während er ihnen auf der anderen Seite das Gehalt durch Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnsenkung in die Höhe zu treiben, sind Beispiele für die Verführerischen ist: Zeit und berückt. Wir sehen ihn auf allen Gebieten angewendet. Also wird auch das Genossenschaftliche nicht von ihm verschont bleiben.

Im genossenschaftliche Bildung zu verbreiten, sind Fonds nötig. Das haben auch die erwähnten Kongresse erkannt. Was der Staat in der Volkshilfe verweigert, das müssen wir selbst machen. Wir müssen uns die genossenschaftliche Bildung selbst schaffen. Wir müssen uns die Mittel von den Genossenschaften bilden. Der Gedanke stammt aus Samburg. Die ursprünglich stärksten Gegner des Notstands, die Frauen, sind heute begünstigte Angehörigen. Aber, auf seiner Volkshilfe ist ein gewisser Anhang nötig. Wie möglich er werden muß, ergibt sich daraus, daß der große Mann, der die Arbeiter und Kleinrentner: Der Arbeiter, der einen Rückhalt hat, ist den

Unternehmern nicht auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Man kann also, das zeigt das Beispiel des Notstands, durch die Genossenschaft die Arbeiter nicht in die Hände der Kapitalisten zu geben. Das Annehmlichkeitsprinzip hat aber auch andere gute Seiten. Die Produktion in Samburg ist dort heute schon die größte Grundbesitzerin. Sie besitzt auch große Eigenbetriebe. Jeder einzelne Arbeiter, der Mitglied der Genossenschaft ist, betrachtet sich als Eigentümer dieser Genossenschaft. Das ist kein Zufall. Im Gegensatz zu den Kapitalisten, beharrt es der genossenschaftlichen Bildung und Aufklärung. Es muß dafür getrieben werden, daß alle die Großen der Arbeiter gesammelt, gekauft werden, um mit ihnen Großes zu schaffen.

Es ist den Genossenschaften möglich gewesen, für ihre Arbeiter vorbildliche Löhne und Arbeitsbedingungen zu schaffen. In Wagnersburg sind sie einen Schritt weiter gegangen. Sie haben die Genossenschaft ausgedehnt. Nur die Abrüstungs- und Genossenschaft ist auch die Deimarbeit besetzte geteilt worden. Nur die Deimarbeit mit ihrem funktionären Element gefehlt von der Beteiligung nicht, obwohl viel, unendlich viel über sie geteilt worden ist. Die Wahlen des Gesetzes mahlen langsam, wenn für die Armen etwas geschieht. Da greift nur die Genossenschaft ein. Sie schafft auch für diese Armen bessere Zustände in der Produktion. Wir müssen nur das Gute wollen. Die Massen müssen dazu gebracht werden, durch Einseitigkeit des Willens für die Arbeiter zu sorgen. Der Arbeiter nur wird und kann für den Arbeiter eintreten. Wir müssen unsere Genossenschaftsbewegung vorwärts zu bilden wissen. Auch in Halle ist die Genossenschaft langsam nicht auf der Höhe. Der muß ebenfalls ermutigt werden, sich zu beteiligen. Die Arbeiter müssen für den Genossenschaftsgedanken begeistert werden. Sie sind die Kerntruppe der Genossenschaft. Es muß die Zerpflanzung der Genossenschaftsbewegung am Orte und in der Umgebung bestraft werden. Auch hier ist etwas Großes zu schaffen. Willen alle zusammen, dann werden wir die Deutschen überlegen lassen als die Engländer. Nach diesem Ziel in der Genossenschaft soll unter Will gerichtet sein.

Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In Dresden hatte die Verammlung noch zahlreichen Zutritt gefunden, als wie in Nienleben. Der Saal zum Verzehren war überfüllt. Auch hier fand der Vortrag den besten Erfolg. Es ist zu erwarten, daß die besten Früchte zeitigen wird.

### In den Differenzen am Stadttheater

geht uns von dem Voraufgeh. Herr Lion, folgende Darstellung des Sachverhalts zu.

Die von Ihnen in Nr. 22 Ihres Blattes erwähnte fogen. „Kriegsbedarfsadresse“ ist tatsächlich von 72 Mitgliedern des Stadttheaters unterschrieben worden. Dieselbe hat genau 24 Stunden ausgesetzt und wurde erst dann von uns zurückgenommen, als Herr Geheimrat Richards davon erfuhr, und ihm gleichzeitig von einer großen Anzahl unserer Mitglieder, die wir mit anderer Seite vorbereitet wurde, Herr Geheimrat Richards, von jeder Ergebnis-Erklärung in dieser oder jener Form abzulehnen und verhängnisvoll gleichzeitig die Herausgeber der anderen Adresse, daß ihm eine öffentliche Kundgebung in den Zeitungen nicht erwünscht sei. Auf Wunsch kann die Adresse mit den Unterschriften eingeleitet zu werden. Die Kundgebung der Adresse nicht eine ganze weitere Anzahl von Mitgliedern bereit erklärt, dieselbe zu unterzeichnen.

Vielleicht darf ich nun, wenn man mich auch als Partei ansehend dachte, zu dem dieblichentworfenen Vorhaben Vertrag Stellung nehmen und authentische Aufklärung geben. Dem Ehepaar Grueffelt ist vertraglich ein Entkommen von mind. 100000 Mark im Jahre 1910 zugesagt worden. Der Vertrag des Herrn Grueffelt und 12 Spielgeber zu 10000 Mark, d. h. das Spielgeld ist bei einer monatlichen Gage von 250 Mk. für 72 Monate 100000 Mark garantiert, wie das bei sämtlichen Verträgen des Solobronnals in ähnlicher Weise üblich ist. Herr Grueffelt hat in den Vorjahren erheblich mehr als 100000 Mark erhalten. Die künftigen weiteren Schritte vornehmer Spielgeld 100000 Mark an der Hand seiner vertraglich garantierten erhalten, mithin 510 Mk. mehr, als seine Vorleistung betrug. Der Vertrag von Frau von Boer lautet nicht auf 10mal monatlich Singen, sondern auf 10mal für die Spielzeit. Nur diese 10mal Singen tritt Frau von Boer im Honorar von 100 Mk. garantiert. Nur jedes doppelte Singen erhält die künftigen weiteren Schritte ein Extrahonorar von 20 Mk. Für jedes 10mal Singen im Honorar von 40 Mk. in Abzug gebracht wurde. Das stimmt nur rechnerisch, nicht tatsächlich, denn nach dem Vertrag von Frau von Boer sind 10mal Singen im Honorar von 100 Mk. erhalten, selbst wenn sie in der ganzen Spielzeit nur einmal zum Singen kam. Der Vertrag beschränkt aber, und dies ist der springende Grund, weshalb er überhaupt eingegangen wurde, Frau von Boer für häufigeres Singen interessiert zu machen, und vor allem zu verhindern, daß sie auch aus geringen Anfängen aufhört, mit dies teilhaftig zu werden. Die künftigen weiteren Schritte der Frau von Boer, so hat in den ganzen fünf Jahren, die der Vertrag nun besteht, Frau von Boer trotz einiger unvermeidlichen Abgängen nicht nur stets ihre sämtlichen 72 garantierten 40-Mark-Honorare erhalten, sondern auch im vergangenen Jahre 20mal überflüssig, ohne besondere Einmahlung durch die Verwaltung der Theater, ein Honorar von 20000 Mark jährlich circa 600 Mk. zu genießen. Nach dem Vertrag ist die Direktion berechtigt, der Künstler auf Urlaubreisen zu Gehaltsprozenten für die betriebl. Tage zu kürzen. Trotzdem das Ehepaar Grueffelt häufig zu Gastspielen nach auswärts beurlaubt war, ist demselben niemals ein Abzug gemacht worden. Es ist auch nicht richtig, daß ein Ersatz bei einer Abreise einer ersten Dame leicht zu erreichen ist, denn alle Künstler, die einmehren, wissen genau, daß das Wirtschaften in einem fremden Ensemble nicht leicht ist, und lassen es sich an bezahlen. Unter 120 bis 150 Mk. pro Abend ist in einer ersten Gastspielpartie von einer besseren Bühne niemand zu bekommen.

Es ist auch an dieser Stelle ein Wort über die Differenzen unter den Genossenschaftsmitgliedern selbst gestattet. Der Grund hängt absolut nicht mit der Adresse selbst zusammen. Es handelt sich vielmehr um eine Spaltung innerhalb der bisherigen Genossenschaftsmitglieder. Diese Differenzen werden auf einer von 26 ersten Genossenschaftern beantragten Verammlung zunächst zum Austrag kommen.

Damit nun unsere Leser unterrichtet sind, was es mit der mehrfach erwähnten Ergebnisbedarfsadresse auf sich hat, bringen wir hier ihren Wortlaut. Das Dokument ist von mehreren Seiten abgeschrieben worden. Es lautet:

„Die unterzeichneten Mitglieder halten es nicht nur für ihre Pflicht, sondern handeln aus dem aufrichtigen Gefühl allerhöchster Wertachtung und Dankbarkeit, indem sie diese Zeilen dem berechtigten Publikum der Stadt Halle zur Kenntnis bringen. Wir bitten hiermit unseren hochverehrten Kollegen, die sich der Genossenschaft verbunden fühlen, sich an die Angelegenheit zu beteiligen und sich anzuwenden zu wollen. Wir erkennen in ihm nicht nur einen der sachverständigsten und künstlerisch hochbegabtesten Theaterleiter der deutschen Bühne, sondern verehren ihn auch als einen wohlwollenden, fürsorglichen Herrn, unter dem sich das Bestehen von Theatergebern und Arbeitnehmern so harmonisch und glücklich gestaltet hat, daß es durch keinerlei Angriffe gefährdet werden kann.“

Unsere Leser brauchen wir nicht erst zu sagen, daß ein derartiger Strohmann einladend gefachelt ist. Wenn wirklich diese Adresse die Einladung der 72 Mitglieder des Stadttheaters gefunden hat, so können wir das im Interesse dieser Mitglieder nur bedauern. Da Herr Richards mehr Würde beweisen, als er die Zurückziehung dieser höchst durchlässigen Anklage anordnete. Man sollte wirklich nicht für möglich halten, daß Männer so etwas vorbereiten haben könnten. Im übrigen aber wird nach wie vor bestritten, trotz der Behauptung des Herrn Lion, daß diese Ergebnisbedarfsadresse am Tage ihres Aufgehens von 72 Mitgliedern des Stadttheaters unterzeichnet worden ist. Tatsache ist hingegen, und das eben die betreffenden Bühnenmitglieder, daß eine Gegenklärung, in der die Ergebnisbedarfsadresse als Sozialismus bezeichnet wird, trotz früherer Zurückziehung bereits mehr als 20 Unterzeichneten gefunden hatte, darunter die hervorragendsten Mitglieder der Bühne. Überdies, daß die Unterzeichneten der Ergebnisbedarfsadresse, Herr Lion, erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit Mitglied der Bühnengemeinschaft geworden ist, so muß man zu eigenartigen Schlüssen kommen.

Zu der Schilderung des Vertrages der Frau von Boer nur ein Wort. Das Publikum von Halle ist sehr feinsinnig. Das ganze Spiel hat nur einmal zu fingen läme, doch hier volle Gage erhielt, glaubt der Einfache des Artikels doch wohl selbst nicht. Da würde der Vertrag nämlich nicht nur nicht tatsächlich, sondern auch nicht rechtlich stimmen, um die subtile Begriffsbestimmung des Herrn Lion anzuwenden. Im übrigen wird an Fallschlüssen alles bestätigt, was wir gesagt haben. Und in der Auffassung über den Vertrag differieren wir so miteinander, daß wir dessen Bezeichnung als unzulässig, die Herr Lion nicht gelten lassen will, noch sehr zurückhaltend nennen.

### Rationale Jugendbegleitung.

Wieslengding Klingt die Meinung, daß der sogenannte Deutsche Jugendverband demnach auch in Halle seinen „Sammlungstuf“ erlangen lassen will. Begründet wurde dieses innerlich widersprüchliche und halbtotfe Gebilde im September vorigen Jahres zu Berlin, und zwar unter einer Schirmherrschaft, die die Sache von vornherein verhängnisvoll macht. Die bekannte Generalin Lion will sich nämlich dem Wert der „Jugendbegleitung“ widersetzen, die Herr Lion sich gegenwärtig nach Halle dieser Herr bei der Wahl 1907 und bald nachher gepöpselt hat, wird man sagen müssen, daß mit seiner Verkündung die wichtigste Vorbereitung zur Diskreditierung der Sache gegeben ist. Daran ändert die Tatsache nichts, daß Herr Lion zur Einigung familiärer „waterlandischer Jugendvereine“ eine Million zur Verfügung stehen wird. Mit Geld läßt sich die Begeisterung für eine Sache nicht anfangen. Deshalb wird auch die Jugendarbeit des ehemaligen Altenergebers für die Sache sein.

Denn die Vorbereitungen für die proletarische Jugendorganisation bleiben nicht nur, sondern mehr sich und werden wirksamer. Jetzt kommen die preussischen Bezirksregierungen dahin, das schulpflichtige Alter der Arbeiterkinder herabzusetzen, damit diese um so früher der kapitalistischen Dämon übergeben werden können. So hat zunächst, schreibt die Pädagogische Reform, die Regierung von A. Rosenberg eine Verfügung erlassen, nach der die Kinder bereits mit 5½ Jahren in die Schule einzutreten und mit 13½ Jahren von der Schulpflicht entbunden werden sollen. Bekanntlich widersetzt die preussische Regierung im Einverständnis eine Million Mark zur Förderung der Jugendpflege und Jugendfürsorge. Immer weitere Kreise der Bevölkerung, so hielt man im preussischen Kultusrat, haben sich von der Notwendigkeit einer umfassenden Pflege der schulpflichtigen mündlichen Jugend überzeugt. Es wird beabsichtigt, ein künstlich einseitiges Zusammenwirken der in dieser Jugendpflege bereits tätigen oder für sie zu gewinnenden Kräfte herbeizuführen und ihre Vorkämpfer aus staatsbürgerlich durch Rat und Tat nach Möglichkeit zu fördern.“

Und in demselben Augenblick trifft die Ansbacher Regierung Vorkehrungen, das fürwärtig und geistig unentwickelte Kind bereits mit 13½ Jahren in das Erwerbsleben hinauszuführen, damit es desto früher das Opfer kapitalistischer Gewinnhaft werde. Gegenüber einer solchen sozialen Verantwortunglosigkeit muß man der überall verbreiteten Auffassung recht geben, daß die preussische Regierung mit ihrer Willkürförderung weniger Jugendfürsorge als die politische Pflicht verbindet, die freien sozialdemokratischen Jugendorganisationen zu zerstören. Das wird ihr mit Gewalt gelingen. Dafür gibt es nur ein einziges Mittel, das zugleich die Verbedingung ihrer Existenz aufhebt, sie überflüssig macht: Schaffung von Bildungs- und Fürsorgeeinrichtungen, die dem Bedürfnis der schulpflichtigen Jugend reich und richtig Rechnung tragen, deren Formen nicht von politischen Interessen, sondern von sozialen, pädagogischen und Bildungsnotwendigkeiten bestimmt werden.“

Und nach solcher prächtigen Vorarbeit, wie sie hier das Samburgscher Lehrerbild schilbert, will ein Herr Lion mit nationalen Mottenjägerdiensten die Proletariatsorganisation der Proletariatsorganisation weglochen. Er und seine Genossen sollen sich nicht auslösen lassen. Wögen sie getrotzt auch nach Halle kommen. Sie werden hier, wie überall, ein elendes Rastlo erleben.

Der Prozeß gegen Viktor Breitkopf-Wieslengding und der Zusammenbruch der preussischen konfessionellen Fürsorgeeinrichtung ist das Thema eines Vortrages, den der Genosse Stadtbuchhändler Dr. Werner in Berlin morgen, Donnerstag, und in einer öffentlichen Verlesung im Volkspark am 1. Oktober in Halle stattfinden wird. Herr Werner, ein Mitglied der Berliner Genossenschaft als Stadtbuchhändler und Mitglied der Weihenburger, hat die Schaulustigkeit des Breitkopfs und seiner Kumpane aus Licht der Öffentlichkeit gebracht zu haben und dürfte wohl der geeignete Mann sein, diese Thema zu behandeln. Die in dem erwähnten Prozeß aufgedeckten Gemeinheiten müssen alle Kreise der Bevölkerung und hauptsächlich die Arbeiterklasse, diese aber aus doppelten Gründen, gegen das Fürsorgegesetz, wie es sich in dem Wieslengding Prozeß zeigt, geradezu aufheben. Wir sagen aus doppelten Gründen. Denn erstens kommen doch nur Arbeiterkinder in Betracht, die der Fürsorgeeinrichtung überlassen werden. Dann aber ist das Fürsorgegesetz dem Parlament, dem berechtigten Dreifachlandtag gemessen. Dazu kommt die Handhabung des Gesetzes durch die verurteilten Behörden, die bewirkt, daß es nur den Zweck hat, auch noch von Staats wegen billige, anderen Privilegien, ein Einkommen, nicht um einen deutlichen Teil der Arbeiter, auf deren angebliche Beförderung der christliche Staat sich soviel zugute tut. Aus allen diesen Gründen kann







**Abn. Stadthalger (Zsg.):** Unsere Anträge sollen die Unabhängigkeit der Richter sichern, das das notwendig ist, weil sonst man die Richter nicht als Richter ansehen kann. Alexander Schmidt erklärte, dass er seinen Abschied genommen, weil er wider seinen Wunsch aus der Strafkammer in die Zivilkammer versetzt ist. (Zsg. hört links.) Der Staatspräsident Dankowski wurde ebenfalls gegen seinen Wunsch aus dem Strafkammer entfernt, weil er sich nicht als Richter annehmen wollte. Er empfand das als Misshandlung, und die Königsberger Volkstribunal, die sich dieser Auffassung angeschlossen, wurde verurteilt. (Zsg. hört b. d. Zsg.) Die Königsberger Strafkammer überlagert sich völlig in der Vollziehung der Urteile, sie proklamieren den Grund der Verurteilung der Politik in der Justiz. (Zsg. hört b. d. Zsg.) In beiden Fällen stellte sich der Richtergericht auf dem Standpunkt der Gemäßigten. Unsere Anträge sind das Minimum dessen, was selbst die Deutsche Arbeiterregierung als unumgänglich notwendig für die Unabhängigkeit des Richters betrachtet.

**Abn. Dr. Bahlem (Zsg.):** Ich bitte um seinen Antrag, der geeignet ist, die Richter zu schützen.

**Zustandsetzer Dr. Lischke** bittet, die Paragraphen ungeändert zu lassen.

**Abn. Stadthalger (Zsg.):** Unsere Anträge sollen Garantien schaffen, dass nicht Richter aus politischen Gründen von einer Kammer in die andere versetzt werden. Die Richter selbst verlangen das Beste. (Zsg. hört b. d. Zsg.)

**Abn. Dr. Lischke (Zsg.):** Die Notwendigkeit verlorener Garantien hat Stadthalger schon nachgewiesen. Die Fälle Döwrenitz und Schmidt werden auch eine sehr deutliche Sprache sprechen.

Niemit ist die Diskussion. — Die Anträge I bis III; auch IV, werden abgelehnt, bei der Abstimmung über den Antrag I bis IV über das Bureau entscheidet die Abstimmung, was aber durch Abstimmung erfolgt; derselbe ergibt 20 Stimmen gegen, 90 für den Antrag.

Das Gange ist also beschlussfähig, der Präsident beantragt die nächste Sitzung auf Mittwoch 1 Uhr an.

Vorlesung der heutigen Beschlüsse.

Schluss 5 1/2 Uhr.

**Verichtigung.**

Im gestrigen Bericht fehlt ein Abstimmergebnis. S. 3 schreibt vor, dass die Zulassung zur Vorbereitung für den Richter nicht von Nachweis eines bestimmten Vermögens oder Einkommens abhängig gemacht werden darf. Dieses beantragt die Kommission, welche die Bestimmungen des Wortes „bestimmtes“ zu treffen. Dieser Antrag wurde angenommen.

**Aus den Nachbarkreisen.**

**Der Regierungsvorstand gegen den Kinematographen-Infang.**

Im Regierungsvorstand wird die Frage der Zulassung des Kinematographen als Polizeiverordnung erlassen worden, die sich gegen das Kinematographenwesen richtet und folgende Bestimmungen enthält:

Zur öffentlichen kinematographischen Vorführung dürfen nur solche Bilder gelangen, deren Vorführung von der Polizeibehörde vorher genehmigt worden ist.

Widert sich ein Unternehmer gegen die Bestimmungen der Kinematographen-Infang, so wird er mit einer Geldstrafe bis zu 50 Mark bestraft, oder mit der Freiheitsstrafe bis zu 6 Monaten, wenn die Strafbestimmung nicht ausreicht.

Zur öffentlichen kinematographischen Vorführung dürfen nur solche Bilder gelangen, deren Vorführung von der Polizeibehörde vorher genehmigt worden ist.

Widert sich ein Unternehmer gegen die Bestimmungen der Kinematographen-Infang, so wird er mit einer Geldstrafe bis zu 50 Mark bestraft, oder mit der Freiheitsstrafe bis zu 6 Monaten, wenn die Strafbestimmung nicht ausreicht.

Dieses Verzeichnis, sowie die Nachweise einer etwa schon durch den Polizeipräsidenten in Berlin erfolgten Genehmigung sind während der öffentlichen Vorführung bereit zu halten, das bei dem Verstoß gegen die Bestimmungen der Kinematographen-Infang, so wird er mit einer Geldstrafe bis zu 50 Mark bestraft, oder mit der Freiheitsstrafe bis zu 6 Monaten, wenn die Strafbestimmung nicht ausreicht.

Die öffentliche Vorführung kinematographischer Bilder darf nur unter denjenigen Umständen erfolgen, unter denen sie das Verzeichnis eintragen sind.

Verletzungen der Vorschriften dieser Polizeiverordnung werden, soweit nicht durch Strafbestimmungen Anwendung finden, mit Geldstrafe bis zu 60 Mark, im Unvermeidlichen mit entsprechender Haft bestraft.

Es ist ebenfalls nur zu begrüßen, wenn gegen den Infang in den Kinos, die nicht weniger verwerdend auf die Jugend einwirken, als die billigen Preise verbreitete Schundliteratur, vorgegangen wird. Ob aber gerade die Polizeiverordnung geeignet sind, als Senken und Aufstufende zu fungieren, ist doch mehr als fraglich. Die Frage, die die Polizei in Preußen, Belgien und anderswo ausübt hat, spricht nicht für den Verbot der Kinematographen. Die Wirkung derartiger Polizeiverordnungen wird deshalb auch mehr eine Beseitigung der Kinematographen, als eine Einschränkung der schädlichen Wirkungen der Kinematographen sein. Eine Beseitigung kann lediglich durch geeignete Aufsicht herbeigeführt werden. Dazu eignet sich aber die Polizei am allerwenigsten. Das wird in der Hauptsache die Aufgabe der Schule und der Eltern, nicht zum geringsten Teil auch der Arbeiter- und Jugendorganisationen sein, die gerade wegen ihrer Aufklärungsarbeit von der Polizei beipflichtet und unterbrochen werden.

**Merkeburg.** Das Gewerkschaftsamt hat das Kartell seine Neugestaltung vorzunehmen und zugleich einen Rückblick auf das vergangene Jahr zu werfen. Eine Zusammenkunft haben die Gewerkschaften Merkeburgs fast ohne Ausnahme einen Mitgliederanwachs zu verzeichnen und steht bei, dass die Bemühungen des Kartells, die Arbeiter durch Bildungsvereinigungen und Aufsicht zu vereinigen, an 17 verschiedenen Orten geschehen sind. Aus dem Bericht des Vorsitzenden, Herrn Thieme, war herauszukommen, dass sich im vergangenen Jahre noch drei Gewerkschaften dem Kartell angeschlossen haben, zurzeit sind 15 Gewerkschaften mit rund 1200 Mitgliedern kartelliert, so dass mit der dem Kartell noch fernstehenden Organisation der Bauarbeiter in Merkeburg 1500 in festen, Verbänden organisierte Arbeiter zu verzeichnen sind. Aus dem Bericht des Kassierers war eine wesentliche Erhöhung des Kassenschatzes ersichtlich, was mit großen Begrüßung wurde, da das Kartell sich nicht gelöst hätte, große Aufgaben, welche mit ziemlichen Mitteln verknüpft waren, aber zur Bildung notwendig sind. Die Kassenschatz betrug im vergangenen Jahre 883,94 Mark, während der Kassenschatz im vergangenen Jahre 1000,00 Mark betrug. Nachdem die Entlassung des Vorsitzenden und Kassierers vorgenommen worden war, wurde zur Neuwahl des Gesamtvorstandes und der Kommissionen geschritten. Als erster Vorsitzender wurde Herr Ernst Härtel, als zweiter Vorsitzender Herr Ernst Härtel, als Kassier Herr Ernst Härtel, und als Schriftführer Herr Ernst Härtel gewählt. In die verschiedenen Kommissionen wurden gewählt: Bibliothekskommission: Herr Danfert und Herr; Bergratskommission: Herr Danfert, Herr Danfert und Herr; Kontrollkommission: Herr Danfert, Herr Danfert und Herr; Jugendkommission: Herr Danfert, Herr Danfert und Herr; Sondernachricht: Herr Danfert, Herr Danfert und Herr.

**Kassenschatz** erfüllt, was mit großen Begrüßung wurde, da das Kartell sich nicht gelöst hätte, große Aufgaben, welche mit ziemlichen Mitteln verknüpft waren, aber zur Bildung notwendig sind. Die Kassenschatz betrug im vergangenen Jahre 883,94 Mark, während der Kassenschatz im vergangenen Jahre 1000,00 Mark betrug. Nachdem die Entlassung des Vorsitzenden und Kassierers vorgenommen worden war, wurde zur Neuwahl des Gesamtvorstandes und der Kommissionen geschritten. Als erster Vorsitzender wurde Herr Ernst Härtel, als zweiter Vorsitzender Herr Ernst Härtel, als Kassier Herr Ernst Härtel, und als Schriftführer Herr Ernst Härtel gewählt. In die verschiedenen Kommissionen wurden gewählt: Bibliothekskommission: Herr Danfert und Herr; Bergratskommission: Herr Danfert, Herr Danfert und Herr; Kontrollkommission: Herr Danfert, Herr Danfert und Herr; Jugendkommission: Herr Danfert, Herr Danfert und Herr; Sondernachricht: Herr Danfert, Herr Danfert und Herr.

**Merkeburg.** Der Sozialdemokratische Verein hält morgen Donnerstag, abends 9 Uhr in der Kaiser-Wilhelmshalle eine Mitgliederversammlung ab. Im Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.

**Schwend.** Der Streit zwischen dem Bürgerverein und der Gemeinde hat sich in umfangreicher Weise nochmals der Halle Strafkammer. Heber den Sachverhalt haben wir wiederholt berichtet. Mehrere Gemeindevorsteherungen in Rodolstadt beschäftigen sich mit der Außenabteilung Leipzig und die kleinen Gemeinden wollen von den Schenkungen des Bürgermeisters Schindt berichten über das Oberebauen worden sein. Am 4. Februar v. J. kam es in einem Restaurant zu einem heftigen Wortwechsel, bei dem der Amts- und Gemeindevorsteher Wilhelm Schindt den Schuldigen Bürgermeister beschuldigt haben soll. Schindt soll damals gesagt haben: „Wenn Schindt ein Bauer wäre, würde er in der Angelegenheit den Landrat kommissarisch vertreten, so hat er die kleinen Gemeinden belogen und betrogen, hätte er aber gesagt, er wäre aus Interesse der Schuldigen erschienen, dann hätte er allerdings die Interessen der Stadt Schindt wahrzunehmen.“ Schindt wurde wegen dieser Behauptung von Schindt mit 100 Mark Geldstrafe verurteilt, die Halle Strafkammer setzte aber auf eine Geldstrafe von 50 Mark. Auf eingeleitete Revision hob aber auch das Oberlandesgericht in Naumburg das Urteil ab und wies die Sache an die Strafkammer zurück, um zu prüfen, ob der 100-Mark-Beschluss berechtigt ist. An der erneuten Verhandlung erklärte der Anwohner, durch die Angelegenheit seien die Gemeinden Rodolstadt um 2000 Mark und dann um 9000 Mark geschädigt worden. Dadurch sei Ungleichheit und Missetuung gegen den Schuldigen Bürgermeister entstanden. Die Angelegenheit in Verbindung auf den Bürgermeister die Worte „belogen und betrogen“ gebraucht habe, könne er nicht lassen. Jedenfalls gebe er aber zu, um Ungehörigkeiten des Bürgermeisters gesprochen zu haben. Die Beweisnahme waren zwölf Zeugen aufzuführen, die zum größten Teil die früheren Darstellungen bestätigten. Der Landrat erklärte, dem Bürgermeister Schindt nur mündlich privatim den Auftrag erteilt zu haben, an den Sitzungen der kleinen Gemeinden, in denen die Angelegenheiten besprochen wurden, teilzunehmen. Ein anderer Zeuge hingegen sagte aus, der Bürgermeister habe einmal davon gesprochen, einen schriftlichen Auftrag vom Landrat zur Wahrnehmung der Angelegenheit gehabt zu haben. Der Staatsanwalt beantragte die abermalige Verurteilung; der Angeklagte hingegen seine Freisprechung, da er in Erwägung über den den kleinen Gemeinden angefallenen Schaden von über 10000 Mark gehandelt habe. Beweisnahme aber er bereitigte Interessen nachzugehen.

**Schwend.** Wegen des Verbrechens der Bigamie hatten sich bei der Verurteilung des 28-jährigen Ehebrauchs des Droschkebesitzer Jentich, Martha Frieda Jentich in Leipzig und der 30-jährigen alten Schloffer Frieda Jentich in Schwabitz zu verantworten. Beide schlossen am 10. Dezember v. J. die Ehe, obwohl die Anlage annahm, sein bereits verheiratet zu sein. Die Angeklagte machte, weil die Jentich bereits verheiratet war, angelegentlich beständiger Verurteilung ihres Geliebten verurteilt, das ihre Ehe noch nicht gelassen sei. Das Urteil gegen den Angeklagten ist zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt worden. Die Angeklagte wurde zu 10 Jahren Zuchthausstrafe verurteilt.

**Schwend.** Wegen des Verbrechens der Bigamie hatten sich bei der Verurteilung des 28-jährigen Ehebrauchs des Droschkebesitzer Jentich, Martha Frieda Jentich in Leipzig und der 30-jährigen alten Schloffer Frieda Jentich in Schwabitz zu verantworten. Beide schlossen am 10. Dezember v. J. die Ehe, obwohl die Anlage annahm, sein bereits verheiratet zu sein. Die Angeklagte machte, weil die Jentich bereits verheiratet war, angelegentlich beständiger Verurteilung ihres Geliebten verurteilt, das ihre Ehe noch nicht gelassen sei. Das Urteil gegen den Angeklagten ist zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt worden. Die Angeklagte wurde zu 10 Jahren Zuchthausstrafe verurteilt.

**Schwend.** Wegen des Verbrechens der Bigamie hatten sich bei der Verurteilung des 28-jährigen Ehebrauchs des Droschkebesitzer Jentich, Martha Frieda Jentich in Leipzig und der 30-jährigen alten Schloffer Frieda Jentich in Schwabitz zu verantworten. Beide schlossen am 10. Dezember v. J. die Ehe, obwohl die Anlage annahm, sein bereits verheiratet zu sein. Die Angeklagte machte, weil die Jentich bereits verheiratet war, angelegentlich beständiger Verurteilung ihres Geliebten verurteilt, das ihre Ehe noch nicht gelassen sei. Das Urteil gegen den Angeklagten ist zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt worden. Die Angeklagte wurde zu 10 Jahren Zuchthausstrafe verurteilt.

**Schwend.** Wegen des Verbrechens der Bigamie hatten sich bei der Verurteilung des 28-jährigen Ehebrauchs des Droschkebesitzer Jentich, Martha Frieda Jentich in Leipzig und der 30-jährigen alten Schloffer Frieda Jentich in Schwabitz zu verantworten. Beide schlossen am 10. Dezember v. J. die Ehe, obwohl die Anlage annahm, sein bereits verheiratet zu sein. Die Angeklagte machte, weil die Jentich bereits verheiratet war, angelegentlich beständiger Verurteilung ihres Geliebten verurteilt, das ihre Ehe noch nicht gelassen sei. Das Urteil gegen den Angeklagten ist zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt worden. Die Angeklagte wurde zu 10 Jahren Zuchthausstrafe verurteilt.

**Schwend.** Wegen des Verbrechens der Bigamie hatten sich bei der Verurteilung des 28-jährigen Ehebrauchs des Droschkebesitzer Jentich, Martha Frieda Jentich in Leipzig und der 30-jährigen alten Schloffer Frieda Jentich in Schwabitz zu verantworten. Beide schlossen am 10. Dezember v. J. die Ehe, obwohl die Anlage annahm, sein bereits verheiratet zu sein. Die Angeklagte machte, weil die Jentich bereits verheiratet war, angelegentlich beständiger Verurteilung ihres Geliebten verurteilt, das ihre Ehe noch nicht gelassen sei. Das Urteil gegen den Angeklagten ist zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt worden. Die Angeklagte wurde zu 10 Jahren Zuchthausstrafe verurteilt.

**Schwend.** Wegen des Verbrechens der Bigamie hatten sich bei der Verurteilung des 28-jährigen Ehebrauchs des Droschkebesitzer Jentich, Martha Frieda Jentich in Leipzig und der 30-jährigen alten Schloffer Frieda Jentich in Schwabitz zu verantworten. Beide schlossen am 10. Dezember v. J. die Ehe, obwohl die Anlage annahm, sein bereits verheiratet zu sein. Die Angeklagte machte, weil die Jentich bereits verheiratet war, angelegentlich beständiger Verurteilung ihres Geliebten verurteilt, das ihre Ehe noch nicht gelassen sei. Das Urteil gegen den Angeklagten ist zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt worden. Die Angeklagte wurde zu 10 Jahren Zuchthausstrafe verurteilt.

**Kreiskau.** Öffentliches Volksversammlung. Am Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet in Kreiskau eine Volksversammlung statt, in welcher Herr Dr. Lischke die Angelegenheiten der Kreiskau bespricht. Die Angelegenheiten der Kreiskau bespricht Herr Dr. Lischke, die Angelegenheiten der Kreiskau bespricht Herr Dr. Lischke, die Angelegenheiten der Kreiskau bespricht Herr Dr. Lischke.

**Querfurt.** Ein Nachspiel zum Rebuswettbewerb. Der Wettbewerb zum Rebuswettbewerb hat in Querfurt einen sehr interessanten Verlauf genommen. Die Teilnehmer haben sehr interessante Rebusen eingereicht, die von der Jury sehr geschätzt wurden. Die Gewinner sind Herr Dr. Lischke, Herr Dr. Lischke, Herr Dr. Lischke.

**Querfurt.** Ein Nachspiel zum Rebuswettbewerb. Der Wettbewerb zum Rebuswettbewerb hat in Querfurt einen sehr interessanten Verlauf genommen. Die Teilnehmer haben sehr interessante Rebusen eingereicht, die von der Jury sehr geschätzt wurden. Die Gewinner sind Herr Dr. Lischke, Herr Dr. Lischke, Herr Dr. Lischke.

**Querfurt.** Ein Nachspiel zum Rebuswettbewerb. Der Wettbewerb zum Rebuswettbewerb hat in Querfurt einen sehr interessanten Verlauf genommen. Die Teilnehmer haben sehr interessante Rebusen eingereicht, die von der Jury sehr geschätzt wurden. Die Gewinner sind Herr Dr. Lischke, Herr Dr. Lischke, Herr Dr. Lischke.

**Querfurt.** Ein Nachspiel zum Rebuswettbewerb. Der Wettbewerb zum Rebuswettbewerb hat in Querfurt einen sehr interessanten Verlauf genommen. Die Teilnehmer haben sehr interessante Rebusen eingereicht, die von der Jury sehr geschätzt wurden. Die Gewinner sind Herr Dr. Lischke, Herr Dr. Lischke, Herr Dr. Lischke.

**Querfurt.** Ein Nachspiel zum Rebuswettbewerb. Der Wettbewerb zum Rebuswettbewerb hat in Querfurt einen sehr interessanten Verlauf genommen. Die Teilnehmer haben sehr interessante Rebusen eingereicht, die von der Jury sehr geschätzt wurden. Die Gewinner sind Herr Dr. Lischke, Herr Dr. Lischke, Herr Dr. Lischke.

**Querfurt.** Ein Nachspiel zum Rebuswettbewerb. Der Wettbewerb zum Rebuswettbewerb hat in Querfurt einen sehr interessanten Verlauf genommen. Die Teilnehmer haben sehr interessante Rebusen eingereicht, die von der Jury sehr geschätzt wurden. Die Gewinner sind Herr Dr. Lischke, Herr Dr. Lischke, Herr Dr. Lischke.

**Querfurt.** Ein Nachspiel zum Rebuswettbewerb. Der Wettbewerb zum Rebuswettbewerb hat in Querfurt einen sehr interessanten Verlauf genommen. Die Teilnehmer haben sehr interessante Rebusen eingereicht, die von der Jury sehr geschätzt wurden. Die Gewinner sind Herr Dr. Lischke, Herr Dr. Lischke, Herr Dr. Lischke.

**Querfurt.** Ein Nachspiel zum Rebuswettbewerb. Der Wettbewerb zum Rebuswettbewerb hat in Querfurt einen sehr interessanten Verlauf genommen. Die Teilnehmer haben sehr interessante Rebusen eingereicht, die von der Jury sehr geschätzt wurden. Die Gewinner sind Herr Dr. Lischke, Herr Dr. Lischke, Herr Dr. Lischke.

**Wasserstände.**

(+ bedeutet über, — unter Null).

Ort	Untrakt	Obst	Stad	Wass
Alten, Brückenpegel	6. Febr.	+0,49	7. Febr.	+0,54
Neub., Oberpegel		+2,12		+2,12
Unterp.		+1,48		+1,46
Wittenberg, Oberp.		+2,50		+2,46
Unterp.		+0,48		+0,40
Trotta		+2,10		+2,08
Wittenberg, Oberpegel		+2,51		+2,50
Unterp.		+1,81		+1,75
Wittenberg, Oberp.		+1,89		+1,81
Kalte, Oberpegel		+1,18		+1,18
Unterp.		+1,18		+1,04
<b>Obst.</b>				
Dresden	6. Febr.	-0,68	7. Febr.	-0,74
Löbtau		+1,68		+1,60
Wittenberg		+2,67		+2,62
Wittenberg		+2,18		+2,10
Wittenberg		+2,18		+2,05
Wittenberg		+2,01		+1,94

**GGG's Würfel**

der Würfel für 2—3 Teller 10 Pfg. — eine vorzügliche legierte Suppe — Kochanweisung auf jedem Würfel.